Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Sonntags. Vierteljahres-Abonnement 1.50 Reichsmark. Für Nichtmitglieder nur Postbezug. Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberufliche ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark; Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortl. Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. + Fernsprecher: Nr. 24 403 Anzeigen-Annahme u. Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach). + Versandstelle: Ostenwenstraße 14. Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen: für Inseratenaufw.: Postscheckkonto Nürnb. 23089 Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 37 | Nürnberg, den 12. September 1928 | 48. Jahrgang

Resultat der Urabstimmung

über die Einführung der Invalidenunterstützung

Zahl der Mitglieder am Schlusse des 2. Quartals 1928: 80096

Hiervon haben abgestimmt: 30450 ist 38,02 Prozent

Von den abgegebenen Stimmzetteln waren ungültig: 322

Somit wurden gültige Stimmzettel abgegeben: 30128

Es stimmten mit „Ja": 15833 ist 52,55 Prozent

Es stimmten mit „Nein": 14295 ist 47,45 Prozent

Die Einführung der Invalidenunterstützung ist somit mit 15833 Stimmen gegen 14295 Stimmen angenommen

Auf Grund dieses Abstimmungsresultates hat das neue Verbandsstatut am 1. Januar 1929 in Kraft zu treten

Nürnberg, den 8. September 1928

Der Zentralvorstand

Was ist Wirtschaftsdemokratie?

(GGB.) Das Wort „Wirtschaftsdemokratie" ist ein Ausdruck, mit dem im allgemeinen sehr frei umgesprungen wird und der in den verschiedensten Lagern in teils sehr verschiedenen Tönungen zur Verwendung gelangt. Will man international darüber sprechen, so wird die Sache noch schwieriger, da in den verschiedenen Sprachen ein allgemein anerkannter und geläufiger Ausdruck dafür gar nicht vorhanden ist. Wohl kann man auf dem Wege der Analogie darlegen, daß die wirtschaftliche Demokratie, ähnlich wie die politische Demokratie auf politischem Gebiet, die weitestgehende Heranziehung der freien und gleichberechtigten Staatsbürger zur Leitung und Kontrolle des Gesamtwirtschaftslebens eines Staates bedeuten muß. Selbst bei dieser Definition bleiben aber unzählige Fragen offen. Mit Recht wird man z. B. fragen, welches die Grenze zwischen der unter die Kontrolle und Ueberwachung des Staates fallenden Wirtschaftsführung und der Betriebsführung ist, die, obwohl sie im gegenwärtigen Augenblick schon in mancher Hinsicht nicht mehr ausschließlich Sache des privaten Unternehmers ist, nur sehr bedingt etwas mit Wirtschaftsdemokratie zu tun hat. Mit einem Wort: wie weit soll die Kompetenz des Staates gehen? Ist die letzte Konsequenz der Wirtschaftsdemokratie die Verwaltung der Wirtschaft durch den Staat, soll Wirtschaftsdemokratie eigentlich Gemeinwirtschaft sein usw.?

Mit all diesen Fragen kommt man schon deshalb nicht weiter, weil die Wirtschaftsdemokratie nichts Endgültiges ist und auch nur die Gewerkschaften sein Endziel sein kann. Sie ist ein Schritt auf einem Wege, auf dem wir uns alle Parteien, Kapitalisten und Nicht-Kapitalisten. Wir sind an einem Punkte angelangt, wo eine nahezu 200jährige Entwicklung ihren Abschluß findet: die Uhr des Individualismus, der uns den Kapitalismus in all seinen Formen brachte, ist abgelaufen. Der Kollektivismus ist auf der ganzen Linie auf dem Vormarsch. Es ist zum Teil noch ein kapitalistischer Kollektivismus (Trusts, Kartelle, Interessengemeinschaften usw.), zum anderen Teil bereits jener Kollektivismus, den zu Beginn auch die Begründer des Individualismus als geistige Tradition noch im Blute hatten, indem sie im Individualismus nicht nur jene Raubtierinstinkte wohnten, die nachher alle ethischen Momente überwucherten.

Das „Bereichert euch!", mit dem der Individualismus zu Beginn des 18. Jahrhunderts in eine reiche und ungeniützte Welt seinen Einzug hielt und mit dem er das kapitalistische Zeitalter vorbereitete, wurde wohl eine Legitimation für den Egoismus: Adam Smith, wie sein Schüler Adam Smith sagten ganz offen, daß der Egoismus nicht verwerflich, sondern sogar löblich und dem Gesamtfortkommen der Nation dienlich sei. Singegen, sunten sie bis, wird er verwerflich, wenn er das Wohl der Gesamtheit in Gefahr bringt.

Wenn man — immer als Etapp auf einem Weg — im Kampfe gegen den wuchernden Kapitalismus mit dem Anfang beginnen will, so muß man sich u. a. sicher auch jener Elemente bedienen, die von allem Anfang an als Waffen gegen den schrankenlosen Egoismus und Individualismus gedacht waren. Dies ist der Sinn der Hervorhebung des Faktors des „Allgemeinwohls" und damit auch die Basis der Wirtschaftsdemokratie. So außerlich bestehen über die Bedeutung des Wortes „Wirtschaftsdemokratie" in den verschiedenen Ländern keine Meinungsverschiedenheiten. Das Minimalprogramm des Französischen Gewerkschaftsbundes, das in ganz Frankreich einen so starken Widerhall gefunden hat, meint nichts anderes, wenn es einleitend die Verteidigung der Interessen der Arbeiter der Wahrung der Interessen der Allgemeinheit gleichsetzt. In England haben an erster Stelle stehende Gewerkschafter, wie z. B. der Sekretär der britischen Landeszentrale, Citrine, bei mannigfachen Gelegenheiten den Begriff der Wirtschaftsdemokratie (industrial democracy) mit der Wahrung des Wohles der Gesamtheit in unmittelbaren Zusammenhang gebracht. In Belgien ließ der Noch abgehaltene Gewerkschaftskongreß seine das Programm der Gewerkschaften betreffende Resolution in die Worte ausklingen, daß sich die angeschlossenen Organisationen in ihrer Arbeit „von den Wünschen und Interessen der Allgemeinheit leiten lassen sollen". In Deutschland, wo Leipart schon vor 20 Jahren die Demokratisierung der Produktion forderte, wird die Wirtschaftsdemokratie ebenfalls im angedeuteten Sinne aufgefaßt. So definierte sie G. Decker schon vor geraumer Zeit im wissenschaftlichen Organ der deutschen Landeszentrale, „Die Arbeit", wie folgt: „Nicht jede, nur bestimmte Arten der Ueberwindung der wirtschaftlichen Autokratie können als Wirtschaftsdemokratie angesprochen werden, nämlich solche, die ein neues, höheres Prinzip der Organisation verwirklichen. Dieses Prinzip ist die Unterordnung jeder einzelnen wirtschaftlichen Organisation unter die Interessen der Allgemeinheit."

Wie die Frage der Wirtschaftsdemokratie bereits ein wichtiger Verhandlungsgegenstand des letzten deutschen Gewerkschaftskongresses bildete, so kam sie auch auf dem im September in Hamburg tagenden 13. Gewerkschaftskongreß wieder zur Sprache, wobei vor allem auch die Erörterung in den Vordergrund gerückt wurde, ob die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie schon im kapitalistischen Zeitalter möglich ist oder nicht. Noch auf dem Kongreß in Breslau war die Stellungnahme mehr dogmatischer Natur und entsprach nicht der inzwischen gereiften Erkenntnis, daß es sich nicht so sehr darum handelt, auf diesem Gebiete Endgültiges herbeizuführen oder festzulegen, sondern vielmehr die praktischen Möglichkeiten einer Etappe auszunützen. Wohl kann man sich über die Tatsächlichkeit der Wirtschaftsdemokratie streiten und darüber murmaßen, in welchem Augenblick sie voll verwirklicht sein bzw. wie bald sie von der nachsthöheren Wirtschaftsform abgelöst werden wird. Daß sie jedoch eine Etappe zu einer noch höheren Form ist bzw. sein kann, ist eine Selbstverständlichkeit, die nur Kommunisten entgeht, d. h. Leuten, denen das Reden für das Endziel alles und die dafür zu leistende Tagesarbeit nichts ist. Die Wirtschaftsdemokratie ist schon deshalb als Entwicklungsphase nötig, weil nur die immer engere Verbindung mit der jetzigen Wirtschaft den Arbeitern jene technischen und praktischen Kenntnisse vermitteln kann, die sie noch in sehr geringem Maße besitzen und die sie benötigen, wenn sie die Wirtschaft einmal selber leiten wollen. Wie bereits angedeutet, hatte das Referat des letzten deutschen Gewerkschaftskongresses noch vorwiegend theoretischen Charakter, und der Referent kam auf diesem Boden zum Schluß, daß die Wirtschaftsdemokratie im Kapitalismus nicht möglich sei. Inzwischen ist die Frage weiter ventiliert worden und Praktiker haben das Wort ergriffen, die nicht so sehr theoretisch über Weg und Ziel streiten, sondern in der Gegenwart das fordern und erstreben, was zu erlangen ist. So nahm vor allem Genosse Leipart, der Präsident des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einer später als Broschüre herausgegebenen Rede in Dresden zum Problem der Wirtschaftsdemokratie Stellung, wobei er bezeichnenderweise sagte: „Als wir in den Gewerkschaften diese Forderung erhoben, haben wir sie nicht als eine Zukunfts-, sondern vielmehr als eine Gegenwartsforderung aufgefaßt." Im gleichen Zusammenhang zitierte er zustimmend die dieser Entwicklungsphase entsprechende Definition Prof. Nöllings: „Wir sind in einem Uebergangsstadium zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft, und dies ist für mich der Zeitpunkt der Wirtschaftsdemokratie. Sie ist nicht erst im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaft erreichbar, sondern sie ist das Vorland dazu. Wirtschaftsdemokratie war noch nicht möglich in der rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung und sie ist nicht mehr möglich in der rein sozialistischen Wirtschaft."

Der Hamburger Kongreß hatte noch manche diesbezügliche Frage näher zu umschreiben und zu präzisieren. Drei Punkte sind aber, wie Leipart richtig sagt, schon jetzt geklärt: 1. daß die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie eine Rechtsfrage ist; freie Vereinbarungen (Tarifverträge usw.) führen nicht zum Ziel, sondern eine gesetzliche Rechtsgrundlage ist nötig; 2. ist sie eine Machtfrage: Die politische und gewerkschaftliche Macht muß deshalb gestärkt werden; 3. ist sie eine Bildungsfrage: Mehr als bisher werden die Gewerkschaften vor das schwierige Problem der Menschenauswahl und der Menschenschulung gestellt werden. „Denn Demokratie bedeutet auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete nicht nur die Erweiterung von Rechten, sondern auch die Uebernahme von Verantwortungen!"

Indessen — eines darf nicht vergessen werden — und das kann nicht deutlich genug betont und nicht häufig genug wiederholt werden —, daß Wirtschaftsdemokratie nie Ziel, sondern immer nur Weg ist. Wirtschaftsdemokratie als Ersatz der Sozialisierung wäre ein schlechter Trost, für den sich die Arbeiterschaft bald bedanken würde. **Wirtschaftsdemokratie als Weg zur Wirtschaftssozialisierung**, durch den Prozeß der Wirtschaftsdemokratisierung zum Gemeinwesen der sozialistischen Wirtschaft, das ist vielmehr die einzige historische Einordnung und Auseinanderfolge, die dem großen Emanzipationskampf der Arbeiterschaft nützlich sein kann.

Gewerbeaufsicht und Betriebsvertretungen in Bayern

Die Zahl der Betriebsvertretungen hat gegenüber dem Vorjahre zugenommen, eine Auswirkung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Das gilt insbesondere hinsichtlich der großen Städte und der bedeutenderen Betriebe. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben gelegentlich der Betriebsbesichtigungen nach Möglichkeit mit den Betriebsvertretungen Fühlung genommen. Anregungen und Beschwerden in unfallrechtlicher Hinsicht sind dabei weniger laut geworden, wie solche gesundheitlicher Natur. Dies lag wohl auch mit an dem Umstande, daß bei der Betriebsratswahl noch zu wenig Gewicht auf solche Personen gelegt wird, die sich für die Behandlung der Fragen des technischen Betriebsschutzes besonders eignen. Aus den einzelnen Aufsichtsbezirken ist hierzu folgendes festzustellen:

München: Das Fehlen der gesetzlichen Betriebsvertretung wurde im Produktivgewerbe in 91, in Handels- und Angestelltenbetrieben in 97 Fällen beobachtet. Wenn immer darüber geklagt wird, daß nicht in allen Betrieben, in denen Betriebsräte als gesetzliche Vertretungen vorgeschrieben sind, Arbeiter- bzw. Angestelltenräte errichtet sind, so liegt, wie es in den Berichten heißt, die Schuld daran nicht allein am mangelnden Verständnis bei den Arbeitgebern, sondern vielfach auch an dem geringen Interesse der Arbeitnehmer. Das Zusammenarbeiten mit den Betriebsräten bei Verhandlungen, Revisionen und Unfalluntersuchungen hat sich als nützlich erwiesen.

Oberbayern-Land: Die Betriebsräte sind hauptsächlich nur in den größeren Betrieben von Bedeutung und müssen auch hier zumeist noch zusammen um Anerkennung ihrer Befugnisse kämpfen. In einzelnen Großbetrieben nehmen sie sich mit Eifer und Erfolg der ihnen zukommenden Aufgaben, darunter auch des Unfall- und Gesundheitsschutzes an. Nach den Feststellungen bei den Revisionen bestehen in etwa der Hälfte der Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern Betriebsräte; am häufigsten fehlen sie in den Saisonbetrieben, besonders im Gastwirtsgewerbe, dann aber auch im Baugewerbe, in den allerdings nicht zahlreichen Handels- und Verkehrsbetrieben mit mindestens 20 Angestellten fehlen sie durchwegs.

Pfalz-Nord: In den größeren industriellen Betrieben haben die Betriebsräte ihre Stellung behauptet. Bei den kleineren Geschäften und insbesondere unter den Angestellten will sich aber die Betriebsvertretung nicht recht einleben. Oftmal fehlte die Vertretung der Arbeiter und Oftmal die der Angestellten. Der Aufforderung, einen Betriebsrat zu wählen, wurde nicht immer entsprochen. Pfalz-Süd: Obwohl bei den Revisionen stets Fühlung mit den Betriebsräten oder Betriebsobleuten genommen wird, ist eine nennenswerte Mitwirkung der Arbeitervertretungen bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zu vermissen. Etwas mehr Gewicht wird auf die hygienischen Einrichtungen gelegt. In vielen Betrieben wird aus Interessenlosigkeit überhaupt keine Betriebsvertretung gewählt.

Oberpfalz: Mit den Betriebs- und Angestelltenräten wurde bei den Revisionen regelmäßig Fühlung genommen. Betriebsvertretungen wurden fast nur noch in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern angetroffen; doch auch hier wurde, abgesehen von großeren Werken, häufiges Fehlen festgestellt.

Oberfranken: Die vorhandenen Betriebsräte haben sich nach den Beobachtungen bei den Revisionen und in sonstigen Anlassen ihre Stellung zu wahren verstanden, ohne daß es zu erheblichen Unstimmigkeiten zwischen ihnen und den Betriebsleitungen gekommen wäre. Den Gewerbeaufsichtsbeamten haben einzelne von ihnen wertvolle Anregungen gegeben.

Nürnberg-Fürth: Der Betriebsrätegedanke hat nach den Jahren der wirtschaftlichen Depression einen neuen Antrieb erhalten. In den kleineren Betrieben unter 20 Arbeitern wird das Fehlen der Betriebsräte kaum empfunden. Von den Betrieben mit 100 und mehr Arbeitern waren nur vier ohne Betriebsvertretung. Ungünstiger wird das Bild bei den Betrieben mit 20 bis 49 Arbeitern: hier fehlte in 67 Fällen eine Betriebsvertretung. Nach einer Mitteilung der Betriebsrätezentrale wurden im Jahre 1927 rund 300 Betriebsratsmitglieder mehr gewählt als im Jahre zuvor. Die Gesamtzahl der gemeldeten Betriebsräte betrug 1662, darunter 215 weibliche. In den großen Betrieben haben sich die Vertretungen gut bewährt, so daß sie auch von den Arbeitgebern nur ungern vermißt würden. Die von der Volkshochschule und der Betriebsrätezentrale veranstalteten Kurse für Betriebsräte erfreuen sich eines guten Besuches. Vom Standpunkt des Arbeiterschutzes wird noch sehr vermißt, daß eine gewisse Arbeitsteilung in den Betriebsvertretungen nicht durchzuführt ist. Dadurch wird der Bekämpfung der Unfälle nicht immer die wünschenswerte Beachtung geschenkt.

Mittelfranken-Land: Der Betriebsrat des größten feinmechanischen Werkes ersuchte den Gewerbeaufsichtsbeamten, als dieser eine sehr große Anzahl gleichartiger maschineller Unfälle untersuchte, dem Landesschlichter die Anschauung des Betriebsrates zu übermitteln, daß der Landesschlichter bei seinen Zähesprüchen in den Betrieben zum Aufsichtsorgan ihrer Befugnisse sollte, in ihrem Falle konnten und wollten die Arbeiter die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht benutzen, weil sie sonst bei den bestehenden Akkordsätzen an der Erreichung lebensnotwendiger Löhne gehindert seien.

Unterfranken: Die Betriebsvertretung kann, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch immer nicht als befriedigend angesehen werden. Bei vielen Betriebsinhabern, wie bei einem großen Teil der Arbeiterschaft vermißt man vor allem noch das notwendigste Interesse und Verständnis für den Schutz der eigenen Gesundheit. Besonders in den kleineren und mittleren Betrieben findet man eine erfolgreiche Unterstützung und Beratung des revidierenden Aufsichtsbeamten beim Betriebsrat selten vor. Anders sind die Dinge in den Großbetrieben. Vernachlässigt wird noch immer der wichtigste Teil der Unfallverhütung, nämlich die Einwirkung auf ihre Arbeitskolleegen zur unfallsicheren Arbeitsweise und zur Benützung der oft beiseite gestellten Schutzvorrichtungen.

Schwaben: Manche Betriebsräte führen Klage darüber, daß ihnen zu wenig Bewegungsfreiheit innerhalb der Fabrik gewährt wird, um die Aufgaben des Arbeiterschutzes richtig erfüllen zu können. Selbst die ihnen tariflich zugestandenen Rechte, z. B. hinsichtlich der Mitwirkung bei Ueberarbeitsbewilligungen, verlangt man von Arbeitgeberseite selbst in einzelnen größeren Landbetrieben zu kürzen. Festzustellen war ein steigendes Interesse der Betriebsräte für den Arbeitschutz, was nicht zuletzt dem Umstande zuzuschreiben sein dürfte, daß die Gewerkschaften Bildungsvorträge veranstalten, um die Funktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte mehr mit den sozialen Fragen bekannt zu machen.

Aus diesen amtlichen Darlegungen ist verschiedenes zu entnehmen: Einmal die immerhin erfreuliche Tatsache, daß in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten doch in stärkerem Maße die

hohe Bedeutung der Betriebsvertretung bekannt wird. Es ist selbstverständlich, daß in dem viel zu engen Rahmen des Betriebsrätegesetzes eine wirksame und praktische Betätigung politisch nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist. Dazu kommt, daß die Aufgaben des Betriebsrätegesetzes immer noch eine wirtschaftliche Zersplitterung mit sich bringt. Erfreulich ist, daß von den Gewerbeaufsichtsbeamten selbst betont wurde, daß die Betriebsrat einer Fortschritte und der Betriebsräte ganz erheblich Erfolge auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der Arbeitshygiene zu verzeichnen sind. Nämlich wurde von der Zeit des Unternehmertums, der der Betriebsvertretung nicht die notwendige erforderliche Beachtung schenkt, erkannt werden, daß das Hinten einer selbstbewußten Betriebsvertretung nicht nur im Interesse der Belegschaft liegt, sondern ganz zweckmäßig auch im Interesse des ganzen Betriebes.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß aus den Gewerbeaufsichtsbeamten heraus zum Ausdruck kommt, daß in der Mitwirkung in Betrieben und Unfallverhütung in sehr vielen Fällen noch manches zu wünschen übrig bleibt. Zu dieser Aussagung einer weiteren Besserung zu erzielen, muß wohl Aufgabe aller in Betrieben tätigen Kreise sein. Was notwendig ist, dürfte aus der Unfallstatistik hervorgehen.

Die Zahl der in Betrieben gemeldeten Unfälle ist von 11,961 im Vorjahre auf 61,651 im Berichtsjahre, d. i. um 10 Prozent gestiegen. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist dagegen unbedeutend gleichgeblieben; sie betrugt 1[illegible] gegenüber 180. Die Zahl der schweren Unfälle ist mit 7,29 gegenüber 8,20 heraus gestiegen. Auf 100,000 Arbeiter stiegen im Jahre 1926 einschließlich der tödlichen 91 schweren Unfälle, im Berichtsjahr nur 85. Die Zunahme der Unfälle im Bau- und Baunebengewerbe mit 30 Prozent steht mit der Zunahme der Bauwirtschaft mit 16 Prozent unschön gleichen Schritt. Auffallend hoch ist die Zunahme der gemeldeten Unfälle in der chemischen Industrie, mit 82 Prozent. Unter den gemeldeten Unfällen von insgesamt 61,651 treffen auf einwandfreie weibliche Arbeitnehmer insgesamt 5110, auf jugendliche Arbeiter insgesamt 2296.

Diese Zahlen geben eine furchtbare Sprache, wenn auch die Ursachen der Unfallsteigerung vielmehr bewertet werden. Unsäglicher Elend und große Not sind mit diesen Vorgängen in Arbeitsverzicht verbunden. Diese Zahlen bekennen den Kampfplatz der Arbeit bilanziert. Es lohnt sich, alle in Betracht kommenden Faktoren auf Jahre Wege einmal darauf hinzuweisen, daß im Interesse des schaffenden Volkes alles nur Menschenmögliche auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der Arbeitshygiene geschehen muß, um eine allgemeinhafte Senkung der Unfallziffern zu erreichen. Durch verständnisvolles Zusammenarbeiten der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Betriebsvertretungen ist schon manche Besserung erzielt worden. Die Tätigkeit zu steigern wird eine dankbare Aufgabe der weiteren Zukunft sein.

Lina Ammon.

England und das Problem der Arbeitslosigkeit

Trotz aller Gerüchte, die im Laufe der Jahre wegen des zu erwartenden Aufleben der englischen Industrie die Runde machten, muß die Tatsache festgestellt werden, daß England mehr als nacheinander eine andere europäische Land mit dem Arbeitslosenproblem schwer zu kämpfen hat. Holands Arbeitslosenzahl sank seit Jahren nicht mehr unter die Millionenziffer herab. Natürlich werden zahlreiche Heilmittel angewendet; ob diese jedoch alle als zweckmäßig bezeichnet werden können, ist eine andere Frage.

In der letzten Zeit wird das Streben der Unternehmer nach Schutzzöllen in zahlreichen Industrien, hauptsächlich jedoch in der Eisen- und Stahlindustrie, immer stärker, und man glaubt, als ob sich auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaft nichts verändert hätte, bei der konservativen Regierung darauf hin, energisch und nachdrücklich zugunsten der Schutzzollpolitik Stellung zu nehmen. Die Regierung Englands wartet jedoch ab, bis sie der Unterstützung großer Gruppen des Unternehmertums sicher ist. Ist dies der Fall, dann wird die konservative Partei bei den nächstfolgenden Wahlen Gelegenheit mit einem ausgesprochenen Schutzzollprogramm an die Öffentlichkeit treten. Staatszuschüsse, neue Tarife, Schutzmaßnahmen usw. werden dann in Aussicht gestellt werden, und man wird die Bevölkerung wachrufen, als ob das Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfunden sei.

Wir wollen nicht hoffen, daß der Zollzwang in dem Freihandelsland England schließlich triumphieren werde. Sollte dies dennoch geschehen, dann wurde sehr viel Arbeit, die in Gang langsam vorbereitet wird, in Frage bezweifelt gewesen sein.

Wie das Arbeitslosigkeitsproblem in England nicht und wie es wohl gelöst werden könnte, lehren uns zwei Persönlichkeiten, die im Monat Juli in England erlebtem sind. Wir wollen mit der Wiedergabe des wesentlichen Inhalts des Berichtes des Industriellen Ueberlieferungs Amtes beginnen, das vor einiger Zeit erstattet wurde. „Zum Zwecke der Erleichterung der Ueberführung von Arbeitern in [illegible] von Produktionsstätten, wo sie Beschäftigungsmöglichkeiten in ihrem eigenen Bezirk oder Wohnsitz nicht [illegible] vorhanden sind". In einigen nicht zu den Zentrum-Industrien gehörenden Betrieben ist nach dem Bericht einige Verbesserung feststellbar, aber anderseits wird die Beschäftigung in einigen der [illegible] Zweigen immer unsicherer.

Das Amt gelangt hinsichtlich der Lage in der Gruben-Industrie zu der Schlußfolgerung, daß „es untunlich sein würde, irgendeine Ziffer unter 200,000 als den standpunkt „Ueberschuß" an Arbeitskräften in dieser Industrie anzunehmen. Außerdem besteht ein wahrscheinlich ständiger Ueberschuß im Schiffsbau sowie in der Eisen und Stahl-Industrie und im schweren Maschinenbau".

Wer wird also ausdrücklich und positiver, als es bisher geschah, festgestellt, daß England noch in der Lage ist, einem Teil seiner Proletarier lohnende Arbeit zu verschaffen. Man sollte nun erwarten, daß im Hinblick auf dieses offenkundige und tragische Eingestandnis nach einem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens gesucht wurde, der, wenn auch nur allmählich, den Hunderttausenden Arbeitslosen werden könnte, Arbeit geben kann. Der Ausschuß weist jedoch Mittel an, die als diese Verkoerbertsmaßnahmen bezeichnet werden müssen: Ueberfiedlung Arbeitsloser nach Bezirken Großbritannien, wo die Arbeitslosigkeit weniger akut ist als in den Bergbaugebieten Großbritannien; Auswanderung, Schulung für andere Berufe und Ansiedlung auf dem Lande.

Hinsichtlich der Ueberfiedlung nach anderen Gebieten kann bemerkt werden, daß dieses Mittel schon teilweise Anwendung findet. Wie wenig unerfreulich es ist, kann man Mitteilungen entnehmen, die im „Daily Herald" gemacht wurden. „Die Leute werden", wie das Organ der englischen Arbeiterbewegung schreibt, „aus den Bergbaugebieten zu nicht spezifizierten Lehren in andere Bezirke gesandt. Sie werden in den neuen Bezirken angehalten, den örtlichen Arbeitslosen bei der Arbeit Konkurrenz zu machen".

Was die Möglichkeit überseeischer Auswanderung anbetrifft, so ist es sehr bedauern, auf die Wünschbarkeit für das Britische Reich bezüglich einer angemessenen Verteilung der Bevölkerung britischer Herkunft über seine Territorien zu verweisen. Die Möglichkeit dazu ist jedoch vorläufig mehr theoretischer als praktischer Art, solange in den überseeischen Gebieten die Anzahl der Arbeitslosen noch beträchtlich bleibt und nicht bekannt ist, wie Länder wie Kanada und Australien, die in erster Linie für die Aufnahme Arbeitsloser in Betracht kommen, über diese Auswanderung in großem Maßstabe denken. Außerdem wird dadurch eine endgültige Lösung des Problems auf keinen Fall erreicht werden, da für Auswanderung doch durchgehends nur Männer zwischen 16 und 25 Jahren in Betracht kommen. Von den 200,000 arbeitslosen Bergarbeitern wurde nach dem „Daily Herald" sicher die Hälfte im Lande bleiben müssen. Der Bericht empfiehlt sodann die Schulung jugendlicher Arbeiter, unterläßt aber, die Industrien zu nennen, die in der Lage sein werden, eine große Anzahl neuer Arbeiter aufzunehmen. Und soweit die Siedlungen auf dem Lande in Betracht kommen, so wurde der größte Teil der Arbeitslosen für die neue Arbeit erst geschult werden müssen, abgesehen davon, daß bereits ein Zuviel an Anfragen nach kleinen Pachtgütern vorhanden ist.

Anders als es in dem Bericht des Industriellen Ueberfiedlungsamtes zum Ausdruck gelangt, trachtet die organisierte Arbeiterschaft einen Ausweg aus den Schwierigkeiten des Augenblicks zu finden. Dies ergibt sich am deutlichsten aus dem vor kurzem von der Arbeiterpartei veröffentlichten Programm. Gewiß verschmäht die Arbeiterpartei die vom vorgenannten Amt angegebenen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht. Sie lenkt jedoch die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die grundsätzliche Seite des Problems. Sie wünscht eine konstruktive Politik, ein Voraussehen, so daß die Arbeitslosigkeit auf die Dauer auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden kann, ein Programm, das mehr politisch auf Verhinderung als auf Genesung gerichtet ist.

Die Erschließung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes ist daher die praktische und wirksamste Forderung. Sie kämpft für die Vervollkommnung der Betriebe auf dem Gebiete des Anwanwesens, der Arbeitsvermittlung und des Transportwesens; die Beteiligung der Bergarbeiter in den Produktionsprozessen sowohl in technischer Hinsicht wie auch in den Methoden des Geschäftslebens und Handels, energische Anregung wissenschaftlicher und industrieller Erfindungen, Schutz des Konsumenten, und, auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten, Schaffung eines dauerhaften Friedens und Ausweitung der überseeischen Märkte. Sie wünscht eine Politik zu führen, die politkommen den von der Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 aufgestellten Forderungen entspricht, nämlich: die künstlichen Schranken des Handels niederzubrechen und eine Erweiterung der Vollmachten der Wirtschaftssektion des Völkerbundes zu befördern. Sie erstrebt die Errichtung eines rationalen Wirtschaftsrates, der seine Gutachten zu allen wirtschaftlichen Beziehungen der Nation angehenden Fragen abzugeben hat.

Wonach die englische Arbeiterbewegung strebt, ist nicht nur Aussicht für die Arbeitslosen, sondern die Einführung einer neuen Methode in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. So äußerte sich auch kürzlich Tom Shaw, Mitglied des Unterhauses und Sekretär der Textilarbeiter Internationale — also der Arbeiter eines Gewerbes, das von der Arbeitslosigkeit schwer heimgesucht wird — in einem Artikel über die Pläne der Arbeiterpartei hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in treffenden Worten: „Das Programm der Arbeiterpartei schließt eine grundliche Umgestaltung des ganzen wirtschaftlichen Mechanismus ein. Der Arbeitsminister wird, wenn die Grundlage der Arbeiterpartei angenommen werden, aus einem Minister für Arbeitslosigkeit zu einem Minister für Arbeitsbeschaffung".

Die Arbeiterbank bei der Börse

Der Vertreter der Arbeiterbank in den geheiligten Hallen der Burgstraße.

Am Schwarzen Brett der Berliner Börse ist zur Zeit eine interessante Bekanntmachung angeschlagen. Aus ihr wird ersichtlich, daß die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin, den Antrag gestellt hat, ihr Vorstandsmitglied zur Berliner Börse zuzulassen. Als Bürgen zeichnen ein Direktor der Reichs Kredit-Gesellschaft, sowie die Inhaber zweier bekannter Privatbankhäuser. Es ist der Arbeiterbank sonst herzlich gleichgültig, wer die geheiligten Räume des größten Geldmarktes Zentraldeutschlands betreten darf. Doch in diesem Falle handelt es sich um ein bedeutendes Ereignis. Die Arbeiterbank klopft an die Tore dieses allmächtigen Instituts und begehrt Einlaß. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß ihr Antrag bestätigt wird, hat doch die Arbeiterbank sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine geachtete Stellung in der Finanzwelt zu erringen vermocht. Die Bedeutung einer solchen Börse wie Berlin braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Sie ist eine lebendige Saugpumpe, die das Geld aus allen möglichen Kanälen des In- und Auslandes an sich zieht und es dorthin leitet, wo es gebraucht wird. Der Eintritt ist besonders schwierig. Bekannte Bankiers müssen als Bürge für ein Einlaß begehrendes Mitglied auftreten. Außerdem muß eine hohe Gebühr entrichtet werden. Als die Arbeiterbank von den Gewerkschaften errichtet wurde, schenkte man diesem Versuche im kapitalistischen Lager wenig Beachtung. Nun dringt dieses Institut in immer weitere Kanäle und Stellungen des privaten Kapitalismus ein. Sie wird wohl als Recht im Karpfenteich betrachtet werden. Wie dem auch sei, die Arbeiterbank entfaltet sich jedenfalls in glänzender Weise und dabei steht sie erst noch am Anfang ihrer Entwicklung. Die Mitwirkung der Arbeiterbank in dem Bankenkonsortium zur Vermittlung der Preußenanleihe, der Erwerb einer großen Hypothekenbank und neuerdings die Zulassung eines Vertreters zur Berliner Börse sind wichtige Meilensteine auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Die Arbeiterbank geht ihren Weg trotz allen Reidern diesseits und jenseits der Straße.

•

Die Belastung der deutschen Bevölkerung durch die Agrarzölle

Aus der jüngsten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die deutschen Zollerträge in den Jahren 1926 und 1927 in das außerordentlich hohe Zollaufkommen des Jahres 1927 ersichtlich. In diesem Jahr wurden nicht weniger als 1224 Millionen Mark aus Zöllen eingenommen gegenüber 840 Millionen im Jahre 1926. Fast drei Viertel dieses Aufkommens, 901 Millionen Mark, entfallen auf Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, tierische und pflanzliche Produkte und Nahrungs- und Genußmittel. Allein die Getreidezölle brachten einen Ertrag von 390,5 Millionen Mark, also fast ein Viertel des gesamten Zollaufkommens. Der Wert der Getreideeinfuhr betrug 1,6 Milliarden Mark; somit machte die Zollbelastung 19 Prozent des Wertes aus. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 4,75 ℳ als Belastung aus den Getreidezöllen. Sozialpolitisch war die wirkliche Belastung der Bevölkerung durch die Getreidezölle wesentlich größer, als aus diesen Ziffern ersichtlich ist, weil ja die Zölle die Steigerung des im Inland erzeugten Getreides herbeiführten. Die den Landwirten als Ausfuhrvergütung gewährten Einfuhrscheine kosteten der Reichskasse im Jahre 1927 „nur" 21,9 Millionen Mark. Bedenkt man aber, daß die Einfuhrscheine den Zweck verfolgen, durch Förderung der Getreideausfuhr und Verknappung der Inlandsvorräte den Inlandspreis zu heben bzw. den Landwirten die Ausnutzung des Schutzzolles in vollem Maße zu ermöglichen, so beträgt der Preis, den die Verbraucher infolge der Einfuhrscheine zu tragen haben, ein Vielfaches der 21,9 Millionen, die auf Kosten der Staatskasse gingen.

Die Veredlungsprodukte der Milchwirtschaft genießen gegenüber der Getreidewirtschaft einen relativ geringeren Zollschutz. Butter und Margarine wurden im Betrage von 3,7 Millionen Mark eingeführt, die Zolleinnahmen aus dieser Einfuhr betrugen 30,1 Millionen Mark, d. h. 8 Prozent vom Wert auf den Kopf der Bevölkerung 48 ₰. Die Einfuhr von Eiern hatte einen Wert von 208 Millionen Mark und brachte einen Zollertrag von 13,2 Millionen, d. i. 5 Prozent vom Wert gegenüber 19 Prozent beim Getreide (auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet eine Belastung von 21 ₰). Die Gegenüberstellung der Einnahmen aus der Getreideeinfuhr auf der einen und aus der Butter- und Eiereinfuhr auf der anderen Seite zeigt deutlich die einseitige Bevorzugung des Großgrundbesitzes, der allein den Markt mit Getreide beliefert. Auch die Zuckereinfuhr wird mit erdrückenden Zöllen belastet. Bei einem Einfuhrwert von 36,8 Millionen entfielen nicht weniger als 10,7 Millionen = 29 Prozent des Wertes auf Zölle. Die Zuckerzollbelastung war mit 17 Prozent

Die Welt der Arbeit in China

II

Da die weitaus wichtigsten Großindustrien des Landes die der Baumwolle und Seidenverarbeitung sind, so wollen wir mit deren Besprechung beginnen:

Die Baumwollindustrie.

Die erste moderne Baumwollspinnerei in China wurde im Jahre 1890 in Tschinkiang errichtet. 1925 gab es nach dem Berichte des Unternehmerverbandes der chinesischen Baumwollindustrie (Chinese Mill Owners' Association) 122 Fabriken für Baumwollspinnerei, Weberei und Bleicherei-Färberei. Wir geben hier die Nationalität der Inhaber, die Zahl der beschäftigten Personen, die Zahl der Spindeln und Webstühle dieser Betriebe:

Nationalität der Inhaber	Zahl der Betriebe	Spindeln	Webstühle	Arbeiter
Chinesen	73	1,881,822	16,381	133,551
Japaner	45	1,726,720	7,295	30,688
Engländer	4	205,320	2,318	16,501

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die wenigen britischen Spinnereien alle sehr groß sind und im Durchschnitt 1000 Arbeiter beschäftigen, während die durchschnittliche Arbeiterzahl in den japanischen und chinesischen Spinnereien viel geringer ist. Unter den letzteren sind es zwar ebenfalls große Betriebe, doch auch eine Reihe von kleinen, die nur wenige Personen beschäftigen. Weiter geht aus obiger Darstellung hervor, daß die Zahl der Webstühle im Verhältnis zu der der Spindeln gering ist. Der Grund dafür ist, daß die chinesischen Spinnereien das Garn ofttmals ins Innere des Landes verkaufen, wo es von den Bauernfrauen während der langen Winterabende, wo es Feldarbeit nicht zu verrichten gibt, auf Handwebstühlen zu Stoff gewoben wird.

Die numerisch folgenden Zahlen zeigen das schnelle Wachstum der chinesischen „eingeborenen" Baumwollspinnereien während der letzten 7 Jahre und die Ausbreitung der Industrialisierung.

Jahr	Zahl der Betriebe	Spindeln	Webstühle
1919	29	650,732	2,650
1920	37	850,804	4,340
1921	51	1,278,902	6,650
1922	64	1,510,014	9,816
1923	54	1,193,672	8,581
1924	58	1,650,004	10,461
1925	60*	1,881,822	16,381

Auch die japanischen Betriebe haben beträchtliche Fortschritte gemacht.

Die führenden Zentren der Baumwollindustrie sind: Schanghai, Wu-han, Tsingtau, Tientsin und Wusi.

Arbeiterverhältnisse in der Baumwollindustrie.

Hinsichtlich der Einrichtungen der Betriebe samt Beleuchtung, Ventilation, Reinigung und sanitären Einrichtungen besteht zwischen den chinesischen, japanischen und britischen Fabriken im Lande kaum ein Unterschied. Eine im Jahre 1924 erbaute chinesische Spinnerei ist besser als eine englische aus dem Jahre 1910, und Gleiches gilt in Anwendung auf japanische Betriebe. Der entscheidende Faktor ist, wie ich bei meinen Besuchen in den Betrieben feststellen konnte, das Alter der Anlage. Die Maschinerie der Textilbetriebe stammt entweder aus England von bekannten Firmen, wie Ria Lees in Oldham, oder aus Amerika, und die Anlage ist von einer solchen in Lancashire nicht sehr verschieden, nur daß die Spindelreihen, um sich dem Korrerbau der Dazu so häufig beschäftigten Kinder anzupassen, viel niedriger montiert sind. Ich habe gehört, daß nach Einführung der Gesetze gegen die Kinderarbeit in den Neuenglandstaaten Amerikas die niedrig montierten Maschinen für Kinder von dort nach China verschickt wurden, sowie sie nicht in den Südstaaten der Union Abnehmer fanden. Als die modernste Baumwollspinnerei Chinas gilt einer der Betriebe der Nagai Wata Kaisha Comp. in Schanghai, und ich glaube nicht, daß ihr dieser Rang irgendwem streitig gemacht wird.

*) Dazu vier Betriebe, die zur Zeit errichtet wurden.

Die Arbeit der Baumwollspinnerei und -weberei wird in großem Umfange von Frauen und Mädchen ausgeführt. Man schätzt den Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an der Gesamtarbeiterschaft in der Baumwollindustrie auf 40 v. H. und die Zahl der Mädchen ebenso hoch, so daß nur ein Rest von 20 v. H. männlicher Arbeiter in dieser Industrie verbleibt. Ich selbst kann mich kaum erinnern, in der Spinnereien, die ich besuchte, Männer jemals anders denn als Aufseher, Maschinisten und Heizer tätig gesehen zu haben. Mein Gesamteindruck war, daß es sich um eine Frauen- und Kinderindustrie handelt.

Das Nachfolgende soll eine Zusammenfassung der Arbeitsverhältnisse und Lage der Arbeiterschaft in der Baumwollindustrie in den verschiedenen Teilen Chinas geben:

a) Schanghai.

Rund die Hälfte aller Baumwollbetriebe Chinas, nämlich 58 von insgesamt 122 Fabriken, sind in Schanghai. Die Mehrzahl dieser 58 Betriebe sind im Besitze von Ausländern: 32 japanische, 4 britisch, 22 chinesisch, wie aus dem China-Jahrbuch zu entnehmen ist. Im englischen Weißbuche (Cmd. 2422) nahr Generalkonsul Barton an, daß in Schanghai 66 Baumwollbetriebe, davon 35 japanische, 8 britische seien. Vielleicht rührt die Differenz in der Angabe daher, daß in der einen Quelle die einzelnen Betriebe in der andern ganze Betriebskomplexe unter ein und demselben Besitzer aufgezählt wurden.

Baumwollindustrie in Schanghai	Zahl der Betriebe	Spindeln	Webstühle	Arbeiter
chinesisch	22	700,652	10,350	44,901
japanisch	32	990,172	5,896	55,188
britisch	8	205,320	2,318	16,501
Insgesamt	62	1,901,174	18,534	116,622

Zu bemerken ist, daß die britischen Baumwollspinnereien Chinas sämtlich in Schanghai sind.

Die Löhne betragen für Männer 60 Pfg. bis 1 Mk., für Kinder 20 Pfg. bis 50 Pfg. pro Tag. Ueber 60 v. H. der Arbeitskräfte sind

des Einfuhrwertes geschützt, doch konnten infolge der bestehenden gesundheitspolizeilichen Maßnahmen sowie infolge der Einfuhrverbote nennenswerte Mengen nicht eingeführt werden. Die gesamte Schweineeinfuhr des Jahres 1927 betrug 12,1 Millionen, der Zoll hieraus 2,1 Millionen Mark.

Professor Aereboe zur Arbeiterfrage in der Landwirtschaft

Der bekannte Agrarwissenschaftler Professor Aereboe hat in diesen Tagen ein Werk größten Formats mit dem Titel „Agrarpolitik" herausgebracht. Wie so oft, spricht er darin manches aus, das als scharfe Kritik an den heutigen Verhältnissen in der Landwirtschaft bezeichnet werden muß. Besonders deutlich sind die Ausführungen, die sich mit der Arbeiterfrage in der Landwirtschaft beschäftigen.

Auf Seite 553 sagt Aereboe: „Unsere Landwirtschaftslehre und Landwirtschaftswissenschaft haben sich ganz einseitig nach der Seite einer zweckmäßigen Behandlung der Sachen und Stoffe hin entwickelt, wogegen die Frage einer richtigen Behandlung und Zuteilung des Menschen ganz darniedergestanden hat. Und doch hängt von dieser der Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes in erster Linie ab. Es nützt dem Landwirt wenig, wenn er die richtige Behandlung von Boden, Kulturpflanzen, Haustieren, Stallmist und anderen Dingen noch so gründlich erlernt hat, wenn ihm die Kunst der Menschenbehandlung fehlt und er namentlich sich selbst nicht diszipliniert hat."

Auf Seite 562: „Wer deutsche Nationalpolitik treiben will, der muß nicht nur deutsche Bauernpolitik, sondern auch deutsche Landarbeiterpolitik treiben und darf dabei der Annäherung der Landarbeiterlöhne an die Industriearbeiterlöhne nichts in den Weg legen, muß vielmehr alles wollen, was die Einkommens- und Lebensverhältnisse des Arbeiterstandes auf dem Lande günstiger gestalten kann."

Auf Seite 563: „Zempzufolge kann der Landflucht nur begegnet werden, wenn neben der allgemeinen Verbesserung der Löhne sowohl größere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden als auch der Inhalt des Landlebens so reichlich gestaltet wird, daß er die Menschen fesselt."

Und am Schluß seiner Betrachtungen über Landarbeiterpolitik sagt Aereboe auf Seite 570 nochmals zusammenfassend: „Lohnsteigerung und Steigerung der Volksbildung im Sinne einer vollkommeneren Volkserziehung müssen also zusammenwirken, um das Problem der ländlichen Arbeiterverhältnisse zu lösen."

Hoffentlich hat Professor Aereboe mit diesen Ausführungen nicht ebenfalls tauben Ohren gepredigt.

Die Steuermoral unserer Wirtschaftskreise

Ueber 247 Millionen Mark Geldstrafen für Steuerhinterziehungen

Nach der dem Reichstage vorliegenden Statistik des Reichsfinanzministers, die von allen Wirtschaftsgestaltungen totgeschwiegen wird, waren bei den Einzelsteuern (Einkommensteuer, Kapitalertrag-, Körperschafts-, Umsatz-, Vermögens- usw. Steuern) insgesamt im ganzen Reiche 31,580 Fälle von Hinterziehungen im Berichtsjahre mit Geldstrafen von insgesamt 13,563,969 Mark belegt worden: 2495 Fälle mit 1,564,074 Mark Geldstrafen wurden amnestiert. Die meisten Gnadenerweise, nämlich 561, erfolgten für Berlin, das 2551 Straffälle dieser Art gehabt hatte; Stuttgart mit 2872 Straffällen erhielt nur in 247 Fällen Straferlaß und der Finanzamtsbezirk Münster gar nur in 59 von 2826 Fällen.

Auf dem Gebiete der Zölle waren 11,947 Einzelfälle mit 95,560,298 Mark Geldstrafe belegt worden, von denen 2065 Verurteilungen zu 6,040,539 Mark Geldstrafe den Gnadenerlaß erhielten. In dieser Kategorie stand Köln mit 4655 Einzelfällen, von denen 1303 amnestiert wurden, an der Spitze; Berlin hatte 1,8 nur 16 solcher Straffälle, von denen 6 erlassen wurden. Daß aber die Summen hierbei die Hauptrolle spielen, ergibt sich daraus, daß, so betrachtet, Darmstadt an der Spitze steht, in dessen Bezirk für 14 Einzelfälle nicht weniger als 76,458,849 Mark Geldstrafen festgesetzt wurden, also beinahe zwei Drittel der Gesamtsumme des Reichs. Nur zwei Fälle wurden hier amnestiert. Von dem Verachen gegen das Branntweinmonopol einschließlich der Essigsäuresteuer, die insgesamt 1477 Einzelfälle mit mehr als 25 Millionen Geldstrafen darstellten, wurden 303 Fälle mit rund 1,8 Millionen amnestiert.

Schließlich kamen die Hinterziehungen von Verbrauchsabgaben, also Tabak-, Bier-, Zuckersteuer usw. in Frage. Hier wurden 19,478 Fälle von Hinterziehungen festgestellt, die mit 131,963,671 Mark Geldstrafe belegt wurden. Davon fielen 1450 Fälle mit rund 1,2 Millionen Mark Geldstrafe unter den Gnadenerlaß.

Trotzdem somit, wie gesagt, über 10 Millionen Mark erlassen wurden, hatte das Reich im Jahre 1927 noch nicht weniger als 247,564,931 Mark Einnahmen allein aus rechtskräftig festgesetzten Geldstrafen für die Hinterziehung von Steuern und Verbrauchsabgaben.

Der 13. Kongreß der Gewerkschaften

Aufmarsch der Gewerkschaftsjugend in Hamburg

Kommunistische Messerhelden brutalisierten den gewerkschaftlichen Jugendtag!

Hamburg, 3. September.

Tausende und aber Tausende von Anhängern der freien Gewerkschaftsjugend weilten am 1. und 2. September in Hamburg, um anläßlich des Gewerkschaftskongresses durch eine Kundgebung ihre Treue und Anhänglichkeit zur gewerkschaftlichen Bewegung zu bekunden und speziell für die Forderungen der Jugend zu demonstrieren. Von dem Sammelpunkt, dem Gewerkschaftshaus, sollten Samstag abend nach einer Begrüßungsansprache ein Fackelzug die jungen Gewerkschafter in die Außenbezirke nach den Quartieren bringen.

Diese Begrüßungskundgebung ist von kommunistischer Seite planmäßig gestört worden. Eine Gruppe Kommunisten hatte sich vor dem Gewerkschaftshause eingefunden. Es waren Flugblätter verteilt worden, in denen die Kommunisten ihre Gefolgschaft aufgefordert hatten, an dem Jugendtreffen der Gewerkschaften teilzunehmen. Große Transparente wurden gezeigt, auf denen Forderungen wie „Gegen die Koalitionsregierung" und „Gegen den Faschismus", „Zerreißt der Lehrlinge" und ähnliche zu lesen waren. Es hatte sich ein regelrechter Sprechchor gebildet, der ununterbrochen „Nieder mit Severing!", „Nieder mit der Koalition!", „Nieder mit den Gewerkschaftsführern!" brüllte. Unter den zahllosen Massen der von überall herbeigeeilten Jugendlichen machte die randalierende Menge freilich nur ein verschwindendes Häuflein aus. Aber die Neugierigen, die die Kommunistengruppe umlagerten, machte ihre Stärke aus. Sie umstanden die Kommunisten wie eine Mauer, so daß sich die planmäßige Aufstellung zu einem Zuge nicht entwickeln konnte.

Mehrere Reichsbannerkameraden, die den Ordnungsdienst versahen, versuchten, durch Kettenbildung die Kommunisten zurückzudrängen. Der Versuch mißlang. Plötzlich kam es zu einem großen Tumult. Im Augenblick war der weite Platz in ein Schlachtfeld verwandelt. Es kam zu einer heftigen Schlägerei, bei der etwa 30 Personen verletzt wurden. Sie mußten in das Samariterlager gebracht werden. Zwei Verletzte mußten in ein Krankenhaus übergeführt werden. Ein Drittel der Verletzten hat schwere Wunden davongetragen, und zwar durch Messerstiche in den Rücken und am Kopf. Andere wurden durch Hiebe mit harten Gegenständen verletzt. Einigen wurden im Handgemenge die Hände gebrochen. Vier Verunglückte haben schwere Stichwunden im Rücken erhalten. Die Verletzten setzten sich in ihrer Mehrzahl aus Reichsbannerleuten zusammen. Die Hieb- und Stichwunden wurden nur bei Mitgliedern des Reichsbanners festgestellt. Einige Kommunisten sind ebenfalls leicht verletzt worden.

Das sind die Heldentaten, die die Kommunisten am Vorabend des freigewerkschaftlichen Jugendtages vollbracht haben. Auch am Sonntag bei den Zügen der Jugendlichen zu der Kundgebung auf dem Rathausmarkt kamen erneut wieder an einzelnen Stellen kommunistische Tumulte vor. So auf diese Weise vermeinen Kommunisten dem lauschenden kapitalistischen Gegner die Stärke und Wucht der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen! Die Entrüstung und Erbitterung über das schändliche Treiben war ungeheuer. Jedem der vielen tausend Jugendlichen war der Abscheu und die Entrüstung über diese schändlichen Ueberfälle vom Gesichte abzulesen. Erst recht wurde nun die Kundgebung auf dem Rathausmarkt zu einer wuchtigen Demonstration für die Gewerkschaftssache.

Beschämt versucht die kommunistische Presse jetzt die Blutschuld abzuwälzen. Dabei muß mit Lügen operiert werden. Man habe es verhindern wollen, daß der „Panzerkreuzerminister" Severing zu der Jugend sprechen sollte, schreibt jene Presse. Abgesehen davon, daß eine Ansprache von einem Manne wie Minister Severing die Jugend sehr wenig geachtet haben würde, hatte es wirklich keiner großen Mühe für die kommunistische Leitung bedurft, um festzustellen, welche Redner vorgesehen waren. Das Festprogramm war leicht erhältlich. Jedenfalls war Severing nicht vorgesehen und ist auch in den betreffenden Zügen weitab von Hamburg gewesen. Auch die Behauptung, daß es sich nicht um vorbereitete Störungen gehandelt habe, ist wirklich nicht zu glauben. Wer beobachtet hat, wie große Lastautos mit rotem Tuch geschmückt, bereit standen, um die Störenfriede nach den abmarschierenden Zügen zu bringen, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier um einen organisierten Skandal gehandelt hat.

Die KPD. wird sich wohl selbst klar geworden sein, daß sie sich mit ihrer gemeinen Störung Sympathien selbst bei jenen versichert hat, die ihr bisher glaubig nachgelaufen sind. Die Gewerkschaftskollegen werden ihr diesen Skandal nicht verzeihen.

Verhandlungsbericht vom Kongreß.

Der neu hergerichtete Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses faßte kaum die Zahl der Delegierten und Gäste, die zum Gewerkschaftskongreß erschienen sind. Die Tribünen sind voll besetzt, die Bühne schmückt die Büste Carl Legiens. Um 9¼ Uhr tritt der Bundesausschuß zu einer Sitzung zusammen.

Leipart verkündet eine Viertelstunde später den Beschluß, die Ausweisung der kommunistischen Pressevertreter als Antwort auf den vorbereiteten Anschlag gegen die Kundgebung der Gewerkschaftsjugend am Samstag. Unter dem Beifall des Kongresses sprach Leipart seine Abscheu aus über den wohlvorbereiteten Ueberfall der Kommunisten auf die Gewerkschaftsjugend, die mit Messerstichen traktiert wurde. Den Angehörigen der verwundeten Jugendlichen spricht Leipart namens des Kongresses sein Bedauern aus und die Bereitwilligkeit, zur Wiederherstellung der Gesundheit der verletzten Jugendlichen beizutragen. Den Jugendlichen, die nach Hamburg kamen, um ihre gewerkschaftliche Treue zu bekunden, sagt Leipart herzlichen Dank.

Nach der Begrüßung der Delegierten und Gäste gedenkt Leipart der Toten, die die Bewegung beklagt: Silberschmidt, Zellier, Kappler, Zeeip und all der anderen. Es folgten dann Begrüßungsansprachen der Gewerkschaften Hamburgs und des Vertreters des Hamburger Staates.

Nach Ansprachen des anwesenden Reichsarbeitsministers Wissell und des Reichswirtschaftsministers Curtius folgten Begrüßungsreden einer großen Reihe von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung in ausländischen Staaten.

Ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung von den anwesenden zwei oder drei Kommunisten unterstützt, wurde abgelehnt. Es blieb somit bei der vorgesehenen Tagesordnung, die folgende Punkte aufweist:

Bericht des Bundesvorstandes.
Berichterstatter Leipart.

Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie:
Berichterstatter Fritz Naphtali.

Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
Berichterstatter Otto Heßler.

Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.
Berichterstatter Hermann Müller.

Anträge zu den Bundessatzungen.

*

Der Bundesvorstand leitete seinen Bericht über seine Tätigkeit in den letzten drei Jahren ein mit einem ausdrücklich betonten Bekenntnis zur Republik. Die Angriffe auf sie wie auf die Reichsverfassung haben noch nicht aufgehört, wenn sie auch keine ernsthafte Gefahr mehr darstellen. Mit aller Bestimmtheit erklärte er, daß die Gewerkschaften weiter hin wachsam sein werden. Er dankte dem Reichsbanner für seine dem Volk geleisteten Dienste und stellte die Forderungen an die jetzige Reichsregierung, die Flaggenverordnung der Regierung Luther, deren Bestimmungen geeignet sind, die Würde und das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland herabzusetzen, wieder zu beseitigen.

Die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft können durch Beteiligung an der Regierung und durch direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrgenommen werden als in der Opposition. Das ist die Ansicht aller verantwortlichen Führer der Gewerkschaften. Selbstverständlich behalten sich die Gewerkschaften auch unter dieser Regierung das Recht der Kritik überall dort vor, wo die Interessen der Arbeiterschaft sie erfordern. Die deutsche Republik soll ein wirklich neuer Staat, ein Staat des sozialen Rechts, ein Staat voll wahrer demokratischer Freiheit und Kultur sein. In dieser Beziehung ist noch vieles durchgreifender Reform bedürftig.

In seinen folgenden Ausführungen beschäftigte sich der Bundesvorsitzende mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die erst durch eine Reihe von Aktien hindurchgehen mußte, ehe ihr gewaltiger Aufschwung verhältnismäßig schnell einsetzte. Auf dem Arbeitsmarkt wirkten freilich die Aktien noch lange nach. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, dem Besprechungen der Gewerkschaften mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie vorhergegangen, kam zu spät heraus und wurde ebendarum nicht voll durchgeführt. Dem Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der selbstverständlich verstärkt einsetzte, als die Wirtschaft sich erholte, wurde mit dem üblichen Argument entgegengetreten, daß Lohnerhöhungen zwangsweise Preiserhöhungen nach sich ziehen müßten.

Diese zwanglläufige Verbindung zwischen Lohn und Preis besteht keineswegs, zumal nicht in einer Zeit umfassendster Rationalisierung. Der Sinn jeder Rationalisierung ist, durch Vereinfachung und Verbesserung der Produktion zu einer Vermehrung der Warenerzeugung zu gelangen, eine Herabsetzung der Warenpreise zu ermöglichen, die wieder eine Steigerung des Absatzes zur Folge haben und angemessene Lohnerhöhungen nach sich ziehen würde. Die Produktivität der Betriebe ist ständig gewachsen, aber statt der zu erwartenden Preissenkung ist eine ständig neue Preiserhöhung eingetreten. Diese ungesunden Tendenzen gilt es ebenso zu bekämpfen wie die Zollerhöhungen für die wichtigsten Nahrungsmittel.

Der Redner erinnerte ferner an die Einschnürung des Gefrierfleischverbrauches und an die Preiserhöhungen von Kohle, Kali und Eisen. Die Handelsvertragsverhandlungen heben bei der vorherrschenden Tendenz der Staaten, sich von einander abzuschließen, nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz waren recht dürftig, aber ihr moralischer Einfluß ist vielleicht doch von einiger Bedeutung.

Der Vortragende wandte sich scharf gegen die Sperre, die auf Betreiben Dr. Schachts gegen die Auslandsanleihen der Städte und Gemeinden zur Anwendung gekommen ist. Sie hat vor allem den Wohnungsbau behindert. Die schädliche Politik des Reichsbankpräsidenten hat leider die Unterstützung des Reparationsagenten gefunden, der in seinen Berichten die Grenzen, die ihm durch sein Amt gezogen sind, überhaupt weit überschreitet.

Leipart ging dann kurz auf die Arbeiten der Enquetekommission des Reichswirtschaftsrats ein und gab dem Wunsch Ausdruck, daß neben die bereits begonnenen Arbeiten nicht nochmals neue treten, und fügte die Bitte hinzu, daß die von der Kommission Beratungsgegebenen Berichte nicht den Umfang überschreiten sollen, der eine Gewähr dafür biete, daß sie gelesen und verwertet wurden. Im Zusammenhang mit der Minderheit am Institut für Konjunkturforschung sprach der Berichterstatter über die eigene Konjunkturberichterstattung der Gewerkschaften, die noch des Ausbaues bedürftig ist.

In eingehenden Ausführungen beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere während der Jahre 1925 und 1926 zu wiederholten Verhandlungen über Höhe und Dauer der Unterstützung führte. Der Kampf um die Erhöhung der Unterstützungen stand im Zusammenhang mit den vorbereitenden Erörterungen über die kommende Arbeitslosenversicherung. Die Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in ihren Grundzügen im Sinne der gewerkschaftlichen Vorschläge durchgeführt worden. Auch im materiellen Teil der Arbeitslosenversicherung haben die Anregungen der Gewerkschaften weitgehende Berücksichtigung gefunden. Die große Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, umfassend die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Erhaltung brachliegender Arbeitskraft, ist nun Angelegenheit der Reichsanstalt, in deren Organen die Gewerkschaften überall ihre Vertreter haben. Ihnen ist damit ein weites Tätigkeitsfeld eröffnet. Sie tragen eine hohe Verantwortung vor der gesamten Arbeiterschaft.

Die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages wird, wie Leipart in seinen weiteren Darlegungen ausführte, nicht mehr auf starken Widerstand stoßen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der gesetzlichen Zulassung der Ueberschreitungen des Achtstundentages.

Im Notgesetz über Arbeitszeit sind die Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Ausnahmen im wesentlichen nicht berücksichtigt. Die Folge dieser Unterlassung waren schwere, oftgefährliche Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vortragende wies auch auf die in den letzten Jahren erreichte Anwendung der Schutzbestimmungen des § 7 auf die Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben hin; einige gutachtliche Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates sind freilich noch immer unberücksichtigt.

In seinen Ausführungen zur Lohnpolitik erinnerte der Bundesvorsitzende an die vom Bundesvorstand durchgeführten Erhebungen über den wirklichen Arbeitsverdienst, die gezeigt haben, daß selbst bei den leistungsfähigsten Arbeitern der Tariflohn nur um ein geringes überschritten wurde. Da die Preissenkungsmaßnahmen der Regierung nie einen Erfolg aufzuweisen hatten, da eine Preissenkung von seiten der Wirtschaft selbst auch nicht eingetreten ist, so blieb für die Gewerkschaften nur die Erhöhung der Löhne als einziger Ausweg übrig, der allerdings erst Ende 1927 mit wirklichem Erfolg beschritten werden konnte.

Ein schwieriges Problem in der bisherigen Lohnpolitik stellt das öffentliche Schlichtungswesen dar, insbesondere die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen. Das verfassungsmäßige Recht zum Kampf muß gewahrt bleiben. Die Gewerkschaften lehnen aber das staatliche Schlichtungswesen natürlich nicht ab. Sie haben es selbst gefordert. Aber der Zweck dieser Einrichtungen sollte sich im allgemeinen jetzt tatsächlich mehr auf die Schlichtung beschränken. Das System der Zwangsschiedssprüche muß beschränkt werden auf die Ausnahmefälle, in denen wirklich ein öffentliches Interesse daran vorliegt, einen Arbeitskampf zu vermeiden, oder in denen soziale Gründe es rechtfertigen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen reaktionäre Arbeitgeberkreise doch durchzusetzen. Im übrigen ist an eine Aenderung des Systems nur dann zu denken, wenn

---

Frauen, deren durchschnittlicher Lohn 86 Pfg. pro Tag oder etwa 24 Mk. im Monat ist. Dabei sind die Löhne in Schanghai noch höher als irgendwo anders in China, allerdings ist dort auch die Lebenshaltung um 20 v. H. teurer als im Süden oder im Innern des Landes.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 11½ bis 16 Stunden, und zwar während sieben Tagen der Woche. (!)

Der Normaltag ist 12 Stunden in Tagschicht und Nachtschicht. Daneben gibt es auch 15- bis 16stündige Schichten an dem Tage, wenn die Maschinen zum Zwecke der Reinigung stillstehen, so daß die Frauen und Kinder 16 Stunden an den Maschinen sind. Die Kinder werden schon in sehr frühem Alter in den Fabriken beschäftigt. Zur Mahlzeiten wird weder Zeit noch ein Raum zur Verfügung gestellt. Waschgelegenheiten sind selten. Da kleine Kinder in den ausländischen Betriebe nicht mitgebracht werden dürfen, so müssen sie einem Nachbarn anvertraut werden. Frauen, die ihrer Kinderkunft entgegensehen, dürfen zwei Wochen dem Betrieb fernbleiben, werden aber für diese Zeit nicht bezahlt. Sind sie länger krank, so sollen sie entlassen werden. Zur schwere Unfälle wird manchmal eine Entschädigung bis zum Betrage von 100 Mk. bezahlt; ein Zwang zur Zahlung solcher Entschädigung besteht jedoch nicht. Weder in Schanghai noch sonstwo im Lande gibt es an den Maschinen Schutzvorrichtungen. Diesen Umstände, sowie der langen Arbeitszeit besonders der Jugendlichen sind die sehr schweren Unfälle, die sich ereignen, zuzuschreiben.

b. Tientsin.

Der durchschnittliche Tagelohn ist 60 Pfg., der Arbeitstag zwölf Stunden Tag- und Nachtschicht ohne Sonntagsruhe. 60 v. H. der Arbeiter sind Kinder, die mit 20 Pfg. bis 30 Pfg. entlohnt werden. Frauen werden hier in geringerer Zahl beschäftigt als in Schanghai. Die Japaner haben ihren männlichen und weiblichen Arbeitern Schichtzeiten entsprechend ihrer Gewohnheit errichtet. Die Woche hat eine Max. pro Person und Monat betragen. Im Verlauf eines Streiks, bei den japanischen Firmen im August 1925 wurden 25 Arbeiter getötet.

(Schluß folgt.)

auch alle Unternehmer den Willen haben, sich auf den Boden des Tarifvertrages zu stellen.

Der Berichterstatter streifte dann kurz die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze und wandte sich dann den Bestrebungen der Gewerkschaften zu, den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen wirksame Hilfe angedeihen zu lassen. Insbesondere sind erfreuliche Fortschritte in der tarifvertraglichen Regelung der Lehrlingsverhältnisse zu verzeichnen, die erhebliche Verbesserungen in der Urlaubsfrage ermöglicht haben. Die Fragen der Jugendorganisation und der Jugendbewegung werden immer mehr als eine bedeutsame Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Mit großem Nachdruck setzte sich der Bundesvorstehende dafür ein, daß die Bundesbahn künftig mehr als bisher auch Frauen aus dem Beruf in die Verwaltungsarbeit der Verbände hineinnehmen und ihnen Gelegenheit geben, sich für die praktische Mitarbeit auf allen Gebieten zu entwickeln.

Leider bestehe in Deutschland ein großer Mangel an Aerzten, die auf dem Gebiete der Gewerbehygiene erfahren sind. Der Bundesvorstand hat daher im November 1927 gemeinsam mit den anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Eingabe an den Reichsinnenminister und andere zuständige Stellen gerichtet, in der die Errichtung von Professuren für Sozialhygiene gefordert wird. Es ist zu hoffen, daß trotz der ablehnenden Haltung der Universitäten dieser Forderung Genüge getan wird.

Der alte Streit um die Organisationsfrage ist durch die Breslauer Beschlüsse in ruhige Bahnen geleitet worden. Leipart hob hervor, daß die deutschen Gewerkschaften hinsichtlich der Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte in der ganzen internationalen Gewerkschaftswelt an der Spitze marschieren. Die Verhandlungen über die Reform der inneren Verwaltung der Verbände haben zur Aufstellung von einheitlichen Richtlinien in einer Reihe wichtiger Fragen geführt, die eine sehr erfreuliche Angleichung der Satzungen und damit ein höheres Maß von Einheit zur Folge hatten.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung des Bundes als nationaler Zentrale der Gewerkschaften ergibt es sich, daß zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die sich dauernd vermehren, einheitlich von zentraler Stelle erledigt werden müssen. So wird sich z. B. auf die Dauer nicht vermeiden lassen, die Prozeßvertretung vor den Arbeitsgerichten zu „rationalisieren" und zu diesem Zwecke die Arbeitersekretariate auszubauen.

Die besondere Bedeutung, welche die Gewerkschaften den Bildungsfragen beimessen, ergibt sich nicht nur daraus, daß der Ausbau und die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Bildungswesens nach neuen Richtlinien in Angriff genommen werden. Darüber hinaus drängen die Gewerkschaften darauf, daß die Arbeiterbildung in das Gesamtsystem des öffentlichen und freien Bildungswesens eingeordnet wird. Die Volksschulen und die Berufsschulen sind als Stätten der Arbeiterbildung von entscheidender Bedeutung. Die Gewerkschaften halten eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen in einem freien, allen engen Vorurteilen abgewandten Geist für die beherrschende Erziehungsaufgabe. Sie haben deshalb entschieden gegen den Keudellschen Reichsvolksschulgesetzentwurf Stellung genommen.

In seinen anschließenden Darlegungen beschäftigte sich Leipart mit den bemerkenswerten und sehr anzuerkennenden Wandlungen, welche die Gewerkschaftspresse in ihrer äußeren Gestalt wie in ihrem inneren Ausbau erfahren hat. Sie ist in mancher Beziehung das wichtigste Bildungsmittel der Gewerkschaften. Von ihrer Bedeutung und Verbreitung wissen die Außenstehenden im allgemeinen so gut wie nichts.

Der Vorsitzende schloß seinen Bericht, indem er noch einmal die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Schulung und der geistigen Vertiefung für alle Gewerkschaftsfunktionäre und zur alle Mitglieder hervorhob und indem er den Tausenden und Hunderttausenden, die im Dienste der Bewegung tätig sind, dankte für ihre ideale Gesinnung und Arbeitsfreudigkeit, die auch in Zukunft eine Bürgschaft seien für die Größe und Stärke der deutschen Gewerkschaften.

An den Vorstandsbericht schloß sich eine lebhafte Diskussion an. (Ueber den weiteren Verlauf der Tagung werden wir in der nächsten Nummer berichten.)

Gewerkschaftl. Bildungsarbeit und Gewerkschaftspresse

Die geistigen Kräfte zu wecken, die Arbeiter und ihre Angehörigen anzuregen, ungewohnten oder noch unbekannten Gedankenbahnen zu folgen, Anzang zu gewinnen zu den verschiedensten Sphären geistigen Lebens, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftspresse. Denn die Gewerkschaften sind über ihren eigentlichen Aufgabenkreis, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, weit hinaus gewachsen. Auf allen Gebieten des Lebens sind sie die Sachwalter der Arbeiterschaft. Auf dem Gebiete der Bildung liegen vielleicht ihre größten Aufgaben. Aufgaben, deren Durchführung die geistigen Voraussetzungen schafft für die Verwirklichung der weitgespannten Ziele, deren Erfüllung die Bewegung erstrebt.

Gewiß wird immer im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Bildungsbestrebungen die sozial- und wirtschaftspolitische Zweckbildung stehen, die Erziehung der Arbeiter zu aktiver und verantwortlicher Mitwirkung in Wirtschaft, Verwaltung, Rechtsprechung und Politik. Aber es wäre eine durch keine Erwägung zu rechtfertigende Engherzigkeit, wollten die Verbandszeitungen als die berufenen Bildungsorgane der Arbeiterschaft nicht den Versuch wagen, über diesen Zweck hinaus Bildungsarbeit um ihrer selbst willen zu treiben. Die Gewerkschaftsbewegung muß von den in ihrem Dienst Tätigen in ihrer universalen Bedeutung für das gesamte Leben der Arbeiter erfaßt werden. Indem sie ein neues Recht und eine gewisse Lebensordnung für die Arbeiter heraufzuführen unternimmt, verändert sie nicht nur die materiellen Grundlagen ihres Lebens, sondern schafft die Vorbedingungen für die freie Anteilnahme am geistigen Leben der Zeit. Die Schulen und Bildungseinrichtungen, die von den Gewerkschaften geschaffen werden sind, erreichen nur einen Teil der Arbeiterschaft, dienen außerdem in erster Linie der gewerkschaftlichen Zweckbildung und müssen aus manchen Gründen auf diesen Zweck beschränkt bleiben. Aber die Verbandszeitungen, die von Millionen Menschen gelesen werden oder doch gelesen werden sollten, können und müssen diese Schranken durchbrechen und versuchen es auch auf vielen Wegen.

Es sind unendliche Schätze echter Bildung zu heben — es kommt nur darauf an, sie aufzuheben. Es soll keine schulmeisterliche Bildung sein, die von den Verbandszeitungen verbreitet wird, noch soll jener schwer bewußte Typus des „Gebildeten" gezüchtet werden, dessen Tatkraft sinnlahm wird unter der Last des Wissens. Sondern die leidenschaftliche Freude, die Begeisterung für große Gedanken, der Sinn für schöpferischen Geist in Wissenschaft, Kunst und Dichtung, in der Gestaltung des Lebens, in der Beherrschung der Natur — diese Lyrenien, die die Lebensfreude steigern, Schwungkraft, Mut und Ausdauer anspornen, sollen gepflegt und geläutert werden, um die Menschen zu befähigen, ein innerlich reicheres Leben in der Gegenwart zu führen und nicht nur auf eine bessere Zukunft abgemüdet und entsagend zu warten. Diese Bildungsarbeit der Gewerkschaftspresse muß von dem Gedanken getragen sein, daß der Geist frei macht, jener echte, wagemutige Geist, der in unermüdlicher Arbeit alte Ordnungen sprengt, aber auch geistige Schranken niederreißen muß, deren unsichtbare Gewalt ein kaum geringeres Hemmnis der Freiheit ist als die materielle Gebundenheit.

Je reicher und vielgestaltiger die Kräfte sind, die durch die Verbandszeitungen als Mittler geistigen Lebens den Mitgliedern der Gewerkschaften erschlossen werden — um so mehr weitet sich der Kreis des Erlauschten, des unbefangene Verständnis für die geistige Bewegung der Zeit. Um so leichter ist es aber auch, die geistigen Zusammenhänge zu verstehen, die die Gewerkschaftsbewegung mit den aus anderen Motiven entstandenen Bewegungen verbinden, die auf eine neue tiefer begründete Lebensordnung der Gesellschaft, auf ein gesunderes Bildungsideal, einen reicheren Lebensinhalt gerichtet sind. Nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa. Denn auch die gewaltigen Freiheitsbewegungen im Osten, in Indien und in China, deren Bedeutung für die künftige Geschichte der Welt gar nicht überschätzt werden kann, müssen in ihrer Eigenart, in ihrer besonderen sozialen und geistigen Bedingtheit, dem Verständnis der deutschen Arbeiter nahegebracht werden. Erst dieses Verständnis, das nicht ohne Ueberwindung zähter und vielfach unbewußter nationaler und europäischer Vorurteile entwickelt werden kann, schafft die inneren Voraussetzungen für eine nicht im wesentlichen auf den alten Erdteil beschränkte und nur organisatorisch bestehende, sondern auch in der Gesinnung wurzelnde übernationale Verbindung, für eine Weltgemeinschaft der abhängigen Arbeit.

Der Begriff „Propaganda", der so gern in den Vordergrund der Aufgaben gerückt wird, die die Verbandszeitungen zu erfüllen haben, bedarf in unserer Zeit einer wesentlichen Vertiefung entsprechend der gewachsenen Bedeutung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben wie den höheren Ansprüchen, die an die Bildung der Arbeiter gestellt werden müssen, aber nicht weniger deshalb, weil erst im Laufe ihrer geschichtlichen Wirksamkeit die Gewerkschaftsbewegung zum Bewußtsein der ganzen Größe der Aufgabe gelangt ist, die sie zu erfüllen hat. Die Würde der Idee, der sie dient, verlangt eine ihr angemessene Werbetätigkeit, fordert von allen, die sie ausüben, ein großes Maß von Arbeit an sich selbst, eine Weitung des Blickes über die Grenzen der Kontinente wie über die Grenzen der Vorteile hinweg auf die Gesamtheit des Lebens, auf die ganze Welt. Denn erst in unserer Zeit entfaltet sich die Geschichte der einzelnen Weltteile im tiefsten Sinne des Wortes zur Weltgeschichte.

Genossenschaftliches

Zwei große Konsumgenossenschaften berichten über das letzte Geschäftsjahr. Es sind dies Berlin und Dresden. Nachstehend kurz das Wesentlichste der glänzenden Entwicklung:

Das neue (30.) Geschäftsjahr der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend beginnt mit einem Mitgliederbestand von 146,192 (Vorjahr 126,663). Der Umsatz im Monat Juni betrug 4,845,127.28 Mark; im Vergleich mit dem vorjährigen Juniumsatz ist eine Steigerung um 1,067,929 Mark = 28,2 v. H. eingetreten. Die stärkste Umsatzvermehrung weist mit 177 v. H. die Abteilung Warenhauser auf. Der Gesamtumsatz im 29. Geschäftsjahr wurde mit 51,967,045 Mark ermittelt. Das vorhergehende Geschäftsjahr schloß mit 40,671,967 Mark Umsatz ab. Demnach ist eine Steigerung des Jahresumsatzes um 11,382,066 Mark = 27,8 v. H. festzustellen.

Der Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend e. G. m. b. H. erzielte im Monat Juni 1928 einen Gesamtumsatz von 4,264,752 Mark gegen 3,285,578 Mark im gleichen Monat des Vorjahres. Das ist eine Steigerung um 979,185 Mark oder um 29,80 v. H. An dem Gesamtumsatz waren die drei Großbäckereien mit 632,425 Mark beteiligt. In den letzten 12 Monaten des 40. Geschäftsjahres konnte ein Gesamtumsatz von 47,6 Millionen Mark erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahre ist das eine Steigerung um 26 v. H. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied stieg von 677 Mark auf 808 Mark. — Beschäftigt wurden 1770 Personen. — Im Berichtsjahre konnten drei Verteilungsstellen für Kolonialwaren, fünf Verteilungsstellen für Fleisch- und Wurstwaren, eine Verteilungsstelle für Backwaren und eine Verteilungsstelle für Schuhwaren neu eröffnet werden. — Die Mitglieder erhalten eine Rückvergütung von 5 v. H. — Die Entwicklung des letzten Berichtsjahres zeigt das hohe Maß von Vertrauen, das dem Konsumverein Vorwärts von den Mitgliedern entgegengebracht wird.

Wohin fließen die Krankenkassenbeiträge?

Für das Jahr 1927 hat das Statistische Reichsamt jetzt Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben der reichsgesetzlichen Krankenkassen veröffentlicht. Diese Angaben erfassen zunächst nur 5377 Krankenkassen mit 14,7 Millionen Versicherten, geben aber bereits eine gute Uebersicht über die Verhältnisse bei den Krankenkassen.

Nach den vorliegenden Zahlen sind die Beitragseinnahmen um etwa 12 Prozent auf 1480 Millionen RM. gestiegen.

Von dieser Summe wurden ausgegeben für:

Krankenhilfe, also ärztliche Behandlung, Arznei, Heilmittel, Krankenhauspflege, Krankengeld 1219 Millionen RMark, für Wochenhilfe 65,851,000 RM., für die Verwaltung 95 Millionen RM.

Von der Einnahme entfielen also:

auf Krankenhilfe	82,1 v. H.
auf Wochenhilfe	4,5 v. H.
auf Verwaltung	6,4 v. H.

Der Ueberschuß ist für den gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds verwandt worden.

Wenn auch das Statistische Reichsamt zunächst nur ein Teilergebnis über die Einnahmen und Ausgaben der Krankenkassen veröffentlicht hat, so zeigt es doch, daß die Mittel von den Kassen den Versicherten durch Leistungen wieder zufließen. Die Ergebnisse beitatigen aber auch wieder, daß die Verwaltungskosten der Krankenkassen mit 6,4 Prozent eine Höhe erreichen, die jeder Kritik standhalten wird.

Deutschlands Schwerverdiener

In der „Zchorzegischen Metallarbeiter Zeitung" vom 11. August finden wir einen Artikel: „Steigende Rendite in Deutschland", der folgendermaßen schließt:

„Wenn wir die Völkerwanderung uns besehen, die gerade in diesen Tagen wieder die Schweiz durchzieht, so muß jedermann auffallen, wie außerordentlich stark das deutsche Element wieder vertreten ist. Eine so starke Zunahme des deutschen Kurselements wäre nicht denkbar, wenn die deutsche Wirtschaft die Gewinne mit so unendlicher Mühe herausschlüge, wie etwa das schwerverdientliche deutsche Kapital der Welt vorzumachen beliebt. Deutschland, das heißt, das deutsche Kapital, muß wieder verdienen. Das geht aus seiner Lebenshaltung im Auslande so deutlich hervor, wie aus der Statistik über Aktiengesellschaften. Um so größere Sympathie verdienen die deutschen Arbeiter, die ihre Lohnforderungen einer mächtig organisierten deutschen Unternehmerschaft gegenüber, einem mächtig organisierten Kapital abtrotzen müssen und dabei alle Finessen der modernen Kosten- und Buchungstechnik gegen sich haben."

So erregt selbst im Ausland der außergewöhnliche Zuwachs von Kurgästen aus Deutschland Aufsehen. Daß sich unter den Kurgästen in der Schweiz keine Arbeiter und nur ganz vereinzelt untere Beamte oder Angestellte befinden, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Der steigende Ueberschuß aus der Mehrwertsumme der Arbeitskraft ist es, der es anderen ermöglicht, derartige Reisen zu machen.

Mitteilungen

Unterbezirkskonferenz in Magdeburg

Am 26. August 1928 tagte in Magdeburg im „Artushof" eine Konferenz des Unterbezirks mit der Tagesordnung: 1. Deutschlands Wirtschaftslage und die Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Agitatorische Angelegenheiten und Zentralisation.

Der Vorsitzende Kollege Arthaber (Magdeburg) heißt die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, sowie den neuen Bezirkssekretär, Kollegen Lorenz, herzlich willkommen und erteilt demselben zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort. Kollege Lorenz dankt dem Vorsitzenden und meint einleitend seines Referats, daß er die Kollegen der einzelnen Ortsvereine erst kennenlernen müsse. Er schildert in einem vorzüglichen zusammenfassenden Referat den Zusammenbruch und Wiederaufbau Deutschlands bis zum heutigen Tage. Der Kapitalismus hat sich durch seine Monopolstellung in der ganzen Welt, durch die Trusts und Konzerne relativ schwer wieder erholt und durch Rationalisierung oder andere erzwungene Produktionssteigerungen das Arbeitsvolendeer vergrößert. Auch der Beamtenkörper ist zwecks Ausbeutung in unabsehbarem Maße angewachsen. Unser Ziel muß sein, auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg ein festes Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Die Gewerkschaften müssen sich zu Industrieverbänden zusammenschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Jugendarbeit müsse beschleunigt und durch die Genossenschaften unsere Macht, die Preisregulierung, besser ausgenützt werden. Dann werden wir auch, wenn wir einmütig zusammenstehen, im Kampfe siegreich sein. Reicher Beifall bewies dem Redner, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte und der richtige Mann als Bezirkssekretär des 8. Bezirks ist. Nachdem noch Angelegenheiten der einzelnen Zahlstellen und Berichte in ausführlichster Weise besprochen worden waren, schloß diese wichtige Konferenz.

Halberstadt

1. Vorsitzender: Alfred Kramer, Tomp.-ag 21; Kassier: Fritz Schiefer, Wernigerodestraße 16. Unterstützungen werden Sonnabend von 14 bis 15 Uhr ausgezahlt.

Literatur

Kölner Zozialpolitische Vierteljahrsschrift. Zeitschrift des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften in Köln; Verlag H. Muthers Buchdruckerei, Lauterstadt; Einzelheft 4 Mark. — Die Zeitschriftenreihe dem einen Eindruck, in welcher Weise akademische Kreise an die sozialen und Arbeiterfragen herantreten. Neben einem Aufsatz, in dem offenbar ein Geistlicher sich mit Kirchenfragen und der sozialen Krise beschäftigt, enthält das vorliegende Heft 23 einige bemerkenswerte Aufsätze. Die Arbeiterprobleme berühren. Wir erwähnen: Anton Erdel: „Arbeitsrechtliche Kampfmittel und Kampfhaltung", Doris Pfeiffer: „Arbeitsschutz für Kinder und Jugendliche im Ausland", Hans Aichinger: „Internationale sozialpolitische Uebereinkommen." Besonders Interesse erweckt auch eine längere Abhandlung über „Zozialpolitische Arbeiter Bildung") eine umfangreiche Vortragsdisposition von Paul Kampffmeyer „Die Ueberwindung des Zozialistengesetzes" veröffentlicht. Die „Bücherwarte" mit Beilage „Arbeiter Bildung" ist zum Preise von 1,50 Mark für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Probenummern durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der vom Reichstagsabgeordneten August Karsten verfaßte „Deutsche Kalender" ist nunmehr in vierter Auflage erschienen. Neben den bisher schon behandelten Gebieten über Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung, Reichsversicherungsordnung, Reichsbahnbeschäftigtenversicherung, Reichsarbeiter- und Angestelltenpensionsgesetz, Reichsbahnarbeiterpensionsgesetz und Allgemeine Ortsklasse ist in dieser neuen Auflage an Stelle der früheren Erwerbslosenfürsorge die neue Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge ausführlich behandelt worden. Der Preis des Kalenders (Umfang 253 Seiten) beträgt 2 M und ist bei der Verwaltungsstelle des Zentralverbandes der Arbeiterinnen und Frauen Deutschlands, Abteilung Verlag, Berlin Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße 9, zu beziehen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 9. Sept. bis 15. Sept. 1928 ist der 37. Beitrag fällig.

An unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder!

Betrifft: Reiseunterstützung im Ausland.

Wie uns von einer ausländischen Bruderorganisation mitgeteilt wurde ist es wiederholt vorgekommen, daß Mitglieder unseres Verbandes welche ins Ausland reisen, nicht im Besitze einer Reiseleitkarte waren. Wir ersuchen daher unsere Ortsverwaltungen, denjenigen Mitgliedern, die ins Ausland reisen, sofern sie unterstützungsberechtigt sind, auch eine Reiseleitkarte (analog Reisebuch) auszustellen, wie bestimmt wird. (Siehe Unterstützungsreglement C „auf Reise", Zifferr 1 Absatz 2, Seite 45 des Statuts.)

Nürnberg, den 8. September 1928. Der Vorstand.

Druck: Fränkische Tagesanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg
Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon). Nürnberg
Eilmerstraße 1.

ANZEIGEN

Der Schuhindustrielle
Das Fachblatt für die Schuhindustrie ist „sicher Anlage ist ein erfolgreiches" Werbemittel. Probenummer kostenlos durch den Verlag
H. Franke, Artern 17

Fachschule für d. Schuhindustrie
Schwerin M., Marienstr. 1
Deutsche Fachschule für d. Klebereiarbeiter
Unterrichtsfächer: d. Leist, Abfüge, Oberschicht d. Stadt Schwerin, Kurse 1. 17. Mai
Prosp. u. Verbandsmitgl. bevorzugt. Verzeichnis

Junger tüchtiger Maschinenzwicker sucht Stelle. Baumgärtner Arbeiten. Off. u. M. T. a. d. Exp.

DÜRKOPP
Schuhmacher-Nähmaschinen
sind unverwüstlich und von größter Leistungsfähigkeit
Auch gegen bequeme Teilzahlung
DÜRKOPPWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT
NÄHMASCHINENWERK
BIELEFELD